

Beschluss

Die Europäische Bürgerinitiative – einfach, unbürokratisch und wirkungsvoll ausgestalten

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist das erste transnationale Bürgerbeteiligungsinstrument weltweit. Sie wird den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zukünftig die Möglichkeit geben, sich direkt in die Politik der EU einzumischen und die politische Agenda der EU mitzubestimmen.

Dieses u.a. von Mehr Demokratie entwickelte, vom Verfassungskonvent übernommene und in den Vertrag von Lissabon aufgenommene Partizipationsinstrument ist ein wichtiger Schritt hin zu einer demokratischeren und bürgerfreundlicheren Europäischen Union. Wenn mindestens eine Million Unterschriften für eine EBI zusammenkommen, muss sich die Europäische Kommission mit dem Anliegen der Initiative befassen und kann dazu einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erarbeiten. Damit haben Bürgerinnen und Bürger erstmals die Möglichkeit, die politische Agenda der EU aktiv mitzugestalten. Noch haben sie keine direkte Entscheidungsmöglichkeit, doch sie können die Entscheidungsträger in Brüssel direkt auf ihre Probleme aufmerksam machen und die Kommission dazu verpflichten, sich mit ihren Forderungen ernsthaft auseinanderzusetzen.

Doch bisher steht die EBI nur auf dem Papier. Das große Versprechen des Lissabon-Vertrages kann erst durch einen europäischen Gesetzesakt Wirklichkeit werden. Hieran arbeitet gegenwärtig das Europäische Parlament. Die GRÜNEN stellen dabei einen der Berichterstatter.

Rat, Europäisches Parlament und Kommission wollen sich bis voraussichtlich Dezember 2010 auf eine gemeinsame Position einigen. Vom Ergebnis dieser Einigung hängt ab, wie erfolgreich das neue Beteiligungsinstrument letztendlich wird und ob, wozu, wie oft und mit welchem Ergebnis es Unionsbürgerinnen und -bürger nutzen werden.

Leider aber fällt die Bundesregierung ihren Bürgerinnen und Bürgern dabei in den Rücken. Gemeinsam mit Kommission und Rat arbeitet sie darauf hin, die EBI im Verfahren so kompliziert und im Ergebnis so schwach auszugestalten, dass das Unterschriftensammeln hierfür einem bürokratischen Hindernislauf gleicht und das Instrument weniger die Beteiligung als vielmehr die Frustration der Bürger stärken könnte. Zwar hat die Bundesregierung - aufgrund unserer massiven Intervention - mittlerweile ihre Forderung fallen gelassen, dass Bürgerinnen und Bürger eine EBI nur unter Angabe ihrer Personalausweisnummer unterstützen können, während bei Bürger- und Volksbegehren Name, Adresse und Unterschrift ausreichen. Aber das ist nicht genug. Noch immer erhebt die Bundesregierung eine Reihe unnötiger und erschwerender Forderungen.

Sie setzt sich im Rat immer noch dafür ein, dass die eine Million Unterschriften für eine Initiative zusätzlich aus mindestens einem Drittel der Mitgliedsstaaten (derzeit neun) kommen müssen. Und dafür reichen nicht nur ein paar hundert Unterschriften pro Land. In Deutschland beispielsweise müssen Organisatoren einer EBI mindestens 72.000 Unterschriften sammeln, sonst zählt

nicht eine davon. Mehr noch, wenn es nach dem Willen der Bundesregierung, der anderen EU-Mitgliedsstaaten und der Kommission geht, haben Organisatoren nur 12 Monate Zeit, um alle Unterschriften zusammenzubekommen. Unisono mit Rat und Kommission bleibt die Bundesregierung auch beim europapolitischen Engagement von Jugendlichen in einer Abwehrhaltung: Sie dürfen Initiativen erst unterstützen, wenn sie 18 Jahre alt sind.

Wer unnötige Hürden errichtet, will die Bürgerinnen und Bürger von der Wahrnehmung ihrer Rechte abhalten. Wir GRÜNE wollen genau das Gegenteil erreichen: Wir wollen, dass sich die BürgerInnen aktiv einmischen. Und wir wollen, dass ihr Engagement gefördert und nicht behindert wird. Wir brauchen mehr und wirksamere Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, aber ganz besonders in Europa. Unser Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Europas echte Mitsprache in der EU und einen direkteren Zugang zu den europäischen Institutionen zu ermöglichen. Wir wollen eine bürgerfreundliche und wirksame EBI - als ersten Schritt hin zu einem echten Europa der Bürgerinnen und Bürger.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich deshalb gemeinsam mit den Grünen im Europäischen Parlament für eine niedrigschwellige und wirkungsvolle Europäische Bürgerinitiative ohne bürokratische Stolpersteine ein.

- ◆ Wir wollen, dass die EBI kein bürokratischer Hürdenlauf wird, sondern ein effizientes und unkompliziertes Beteiligungsinstrument. Die Bundesregierung hat im Rat zugestimmt, dass Bürgerinitiativen erst dann rechtlich überprüft und für die Unterschriftensammlung endgültig zugelassen werden, wenn sie bereits 100.000 Unterschriften gesammelt haben. Wir halten das für unnötigen Bürokratismus und machen uns dafür stark, dass die Kommission bereits bei der Anmeldung einer EBI prüft, ob sie sich im rechtlich zulässigen Rahmen bewegt.
- ◆ Wir wollen, dass die EBI nicht nur für Brüsseler Lobbyisten und Dachorganisationen, sondern auch für bürgernahe Organisationen ein praktikables Instrument wird. Dazu gehört, dass Unterschriften in ganz Europa auch online gesammelt werden können. Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung am 4. Juni 2010 ausdrücklich gegen eine EU-weit verbindliche Möglichkeit zur Online-Sammlung ausgesprochen. Er will europaweite Online-Sammlungen erst dann zulassen, wenn alle Europäerinnen und Europäer einen elektronischen Personalausweis haben. Wir GRÜNE machen uns dagegen stark dafür, dass die Europäische Kommission eine zentrale Webseite nach dem Vorbild des e-Petitions-systems des Deutschen Bundestags einrichtet, über die Bürgerinnen und Bürger eine Initiative unterstützen können.
- ◆ Wir wollen die EBI auch dadurch zu einem praktikablen Instrument für kleinere Organisationen machen, dass diese genügend Zeit erhalten, um die nötige Unterstützung aus ganz Europa zu sammeln. Es gibt keinen Grund, den Zeitraum dafür auf 12 Monate zu verkürzen, wie das die Bundesregierung fordert. Wir setzen uns dafür ein, dass Organisatoren mindestens 18 Monate Zeit bekommen, um EU-weit eine Million Unterschriften zu sammeln.
- ◆ Wir wollen, dass die EBI europaweite Diskurse befördert und den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme gegenüber den Brüsseler Institutionen verleiht. Unnötig hohe Hürden erschweren die Nutzung dieses Instrumentes und lassen seinen Erfolg fraglich werden. Kommission und Rat - mit Unterstützung der Bundesregierung - verlangen, dass die eine Million Unterschriften zusätzlich aus mindestens einem Drittel der Mitgliedsstaaten kommen. Wir halten ein Fünftel für ausreichend.
- ◆ Wir setzen uns für eine EBI ein, die Bürgerengagement in Europa fördert statt abschreckt: Um sicherzustellen, dass eine Initiative nur von Personen unterstützt wird, die

dazu berechtigt sind, und dass jede/r Unterstützer/in nur einmal unterschreibt, braucht man keine Personalausweis- oder Reisepassnummern. Dafür reichen Name, Wohnort und Nationalität aus. Die Bundesregierung will zwar in Deutschland keine Personalausweis- oder Passnummern verlangen. Der Rat aber beharrt nach wie vor darauf, dass EU-Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Ländern unnötig sensible Daten abverlangt werden sollen. Dagegen setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass nur wirklich notwendige Daten erhoben werden und der Datenschutz in ganz Europa in gleicher Weise gewahrt wird.

- ◆ Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger so schnell wie möglich mehr Mitsprache in der EU bekommen. Die Bundesregierung hat im Rat darauf gedrängt, dass die EBI frühestens ein Jahr nach Verabschiedung in Kraft tritt, lieber wäre ihr sogar noch später. Wir fordern dagegen, dass die Umsetzung der EBI nicht verschleppt wird, sondern dass Bürgerinnen und Bürger das neue Beteiligungsinstrument schnellstmöglich nutzen können.
- ◆ Wir wollen, dass die Europäische Bürgerinitiative ein starkes und glaubwürdiges Instrument für mehr und bessere Bürgerbeteiligung in der EU wird. Das Verfahren muss offen, unbürokratisch und bürgerfreundlich sein, so dass es die Bürgerinnen und Bürger effektiv für ihr politisches Engagement in Europa nutzen können. Die oben genannten Punkte sind dafür essentiell.

Mit dieser EntschlieÙung fordert die Bundesversammlung von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung sowie Rat und Kommission auf, sich für eine bürgerfreundliche und wirksame Europäische Bürgerinitiative einzusetzen und auf unnötige bürokratische Erschwernisse für die Bürgerinnen und Bürger zu verzichten.